

---

## Berichte

---

### Der Berliner „Bahro-Kongreß“

Vom 16. bis 19. November 1978 fand in West-Berlin der „Internationale Kongreß für und über Rudolf Bahro“ statt, vorbereitet und durchgeführt von einer etwa 30 Personen umfassenden Ad-hoc-Gruppe jüngerer, überwiegend in keiner Partei oder parteiähnlichen Gruppierung organisierter Sozialisten. Es war den Veranstaltern gelungen, als offizielle Träger des Kongresses bekannte Persönlichkeiten der Linken zu gewinnen: Den Leiter eines Gewerkschaftsverlages, Tomas Kosta, sowie Heinz Brandt und Jakob Moneta; die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre Klaus Matthiessen, Peter von Oertzen und Gerhard Schröder (Bundesvorsitzender der Jusos); die Hochschullehrer und Gesellschaftswissenschaftler Elmar Altvater, Renate Damus, Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtheim, Oskar Negt und Ernest Mandel; die Exilanten aus der DDR, Wolf Biermann und Jürgen Fuchs, und aus der CSSR Zdenek Hejzlar und Jifi Pelikan. Zu den Trägern des Kongresses zählte auch die Europäische Verlagsanstalt, die Bahros Buch „Die Alternative“ verlegt hatte.\* Der Präsident der Technischen Universität Berlin, Rolf Berger, stellte - über die formelle Mitträgerschaft hinaus - die Räume der TU zur Verfügung.

Wie sich bereits aus der Benennung ergibt — „Kongreß für und über Rudolf Bahro“ — sollte die Veranstaltung zwei Aufgaben erfüllen: erstens breite Solidarität mit einem wegen Veröffentlichung eines gesellschaftskritischen Buches in einem westdeutschen Gewerkschaftsverlag zu achtjähriger Haft verurteilten ostdeutschen Marxisten (zum offiziellen Vorwurf „nachrichtendienstlicher Tätigkeit“ siehe die nüchternen Ausführungen Bahros in seinem vom Spiegel Nr. 8 v. 19. 2. 1979 veröffentlichten Brief) zu demonstrieren; zweitens eine politische Debatte zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung und der Linken West- und Osteuropas über die Gesellschaften sowjetischen Typs und die „sozialistische Alternative“ in Gang zu bringen. Im Mittelpunkt der Diskussion sollten - neben dem Buch Rudolf Bahros - angesichts des 10. Jahrestages der CSSR-Invasion die Erfahrungen des „Prager Frühlings“ stehen. Eingeladen waren neben den Gewerkschaften kommunistische, sozialdemokratische und linkssozialistische Parteien, Organisationen der Neuen Linken und Vertreter des sozialistischen Flügels der osteuropäischen Emigration.

Beide Ziele sind mit Einschränkungen erreicht worden. Trotz der schlecht besuchten Abschlußveranstaltung am 19. November bleibt festzuhalten, daß über drei Tage hinweg täglich ca. 4000 Menschen an Veranstaltungen des Kongresses teilnahmen, darunter über 1000 von außerhalb Berlins, eine nicht bekannte Zahl aus dem Ausland. Ca. 1500 Personen diskutierten in neun verschiedenen Arbeitsgruppen mit 20-250 Teilnehmern, die Bedeutung seiner

---

\* Bahros „Alternative“ liegt inzwischen in einer verbilligten Ausgabe für 16,80 DM vor. Wer die Zeit und Mühe für das Gesamtwerk nicht aufbringen kann, möge sich die von Bahro selbst erstellte Zusammenfassung in sechs „Vorträgen“ durchlesen, enthalten in dem für 7,80 DM von der Europäischen Verlagsanstalt herausgegebenen Band: Bahro — eine Dokumentation. Auch das Protokoll des Bahro-Kongresses wird im Laufe dieses Jahres bei der EVA erscheinen.

Analyse für die kapitalistischen Gesellschaften miteinbeziehend, über unterschiedliche Aspekte des Buches von Rudolf Bahro, darunter: „Arbeiter und Intelligenz im Prozeß krisenhafter Aufbrüche in Osteuropa“, „Wachstums-, Technik- und Konsumkritik bei Bahro“ und „Stalinismus und westeuropäische Parteien“. Das Niveau und die Ergiebigkeit der Diskussionen in den Arbeitsgruppen waren unterschiedlich. Andersartige berufliche und politische Erfahrungen bzw. Loyalitäten erschwerten die gemeinsame Arbeit; viele Redner hatten Schwierigkeiten, sich konstruktiv auf andere zu beziehen. Dennoch ist positiv zu vermerken, daß Versuche politischer Sekten, die Diskussion zur Generalabrechnung mit „Stalinismus“ und „Revisionismus“ zu benutzen, die Ausnahme blieben und ggf. von den Teilnehmern — ungeachtet ihrer politischen Differenzen — zurückgewiesen wurden. Gefragt war eine — auch gegenüber Bahro - kritische Auseinandersetzung an der Sache, kein Gegenüberstellen von meist vorher bekannten Organisationsstandpunkten.

Die als Podiumsdiskussionen durchgeführten Großveranstaltungen („Die Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für die heutige Linke West- und Osteuropas“, „Der Prager Frühling — Strukturbedingungen und Formen einer Systemkrise in Osteuropa“ und „Produktionsziel: Reich entwickelte Persönlichkeit“) entgingen allerdings nicht der Gefahr, daß wenig aufeinander bezogene „Statements“ abgegeben wurden und die Redner nach Beifall im Publikum haschten, was um so bedauerlicher ist, als die Diskutanten - außer den bereits als Träger des Kongresses Genannten u. a. Angelo Bolaffi, Kulturredakteur des theoretischen Organs der KPI, „Rinascita“; Felice Besostri, Mitglied des Zentralkomitees der italienischen Sozialisten; Bernd Rabehl, Hochschullehrer an der Freien Universität Berlin; Hillel Ticktin, Herausgeber der linken wissenschaftlichen Osteuropa-Zeitschrift „critique“; Boris Weil, 13 Jahre in Lagern gefangengehaltener sowjetischer Oppositioneller; Rossana Rossanda, führendes Mitglied der aus der KPI ausgeschlossenen Gruppe um die Zeitschrift „Il Manifesto“; Mihaly Vajda, Schüler des ungarischen Marxisten Georg Lukacs, derzeit Bremen; Sybille Plogstedt, Mitarbeiterin der Frauenzeitschrift „Courage“, und Johannes Konrad, gewerkschaftlicher Vertrauensmann und Betriebsratsmitglied bei VW Wolfsburg - durchaus etwas zu sagen hatten. Die Schwerpunkte der drei Podiumsdiskussionen in der o. g. Reihenfolge lagen auf folgenden Aspekten: Ursachen und Charakter der Entwicklung zum Stalinismus; Strukturmerkmale der UdSSR und der anderen osteuropäischen Länder (staatskapitalistische, staatsbürokratische, Übergangsgesellschaften); Notwendigkeit der Abkehr vom sowjetischen Modell und Ausarbeitung einer Zielkonzeption, die Sozialismus und Demokratie vereint; Rolle der SPD in der Bahro-Solidarität. — Gegenwärtige Hauptwidersprüche in den osteuropäischen Ländern; Ansätze zu einem authentischen Sozialismus im Prager Frühling; besondere Bedingungen der Entwicklung in der CSSR; Wechselbeziehungen zwischen west- und osteuropäischen Klassenkämpfen. — Bahro und die Frauenfrage; Bahros Emanzipationsbegriff bezüglich der Organisation der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens; materielle und psychosoziale Voraussetzungen der menschlichen Emanzipation (Erziehungsfragen, Arbeitszeitverkürzungen etc.).

Der Bahro-Kongreß war zweifellos — und das war wohl auch nicht anders zu erwarten — von der Teilnehmerschaft her mehrheitlich ein Kongreß der neuen linken „Intelligenz“ (Hochschuldozenten, Studenten, Angehörige akademischer Berufe). Arbeiter und untere Funktionäre der Gewerkschaften, Mitglieder der SPD traten nur vereinzelt in Erscheinung. Die Mitarbeit von Protagonisten dieser Organisationen hatte dennoch keine „Feigenblatt“-Funktion; vielmehr drückte sich darin ein langsam in Gang kommender Diskussionsprozeß der Sozialisten innerhalb und außerhalb der SPD und des Funktionärskorps der Gewerkschaften aus. Von Seiten der Gewerkschafter plädierte Werner Vitt auf der Eröffnungsveranstaltung dafür, den Bruch zwischen Gewerkschaften und Neuer Linker zu überwinden. Andererseits war der Lernprozeß eines großen Teils der Neuen Linken, die Abwendung von einer stu-

piden „Entlarvungs“-Mentalität, ohne jedoch die radikaldemokratischen-revolutionärsozialistischen Grundüberzeugungen aufzugeben, unübersehbar. Allerdings handelt es sich bei diesem Personenkreis eher um die Generation von 1968, während viele jüngere antiautoritäre Sozialisten („Spontis“) nach wie vor nicht nur abgründiges Mißtrauen, sondern auch panische Berührungsangst gegenüber Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionären verspüren. Peter von Oertzen wies gegenüber den Phantasien über eine gezielte Funktionalisierung des Bahro-Kongresses durch die Sozialdemokratie zu Recht darauf hin, daß er mit seiner Ankündigung einer Teilnahme am Berliner Kongreß im SPD-Parteivorstand nur betretenes Schweigen hervorgerufen habe. Die Sozialdemokratie als Ganzes stand dem Kongreß durchaus distanziert gegenüber: wohl teils wegen der Teilnahme bekannter „Linksradikaler“ und Eurokommunisten, teils wegen befürchteter Irritationen in den Beziehungen zur DDR. Allerdings erreichten die Veranstalter zahlreiche Solidaritätsadressen und Spenden sozialdemokratischer Organisationsgliederungen, darunter des Landesparteitags der baden-württembergischen SPD. Als ähnlich zwiespältig stellte sich die Haltung der Gewerkschaften dar. Positive Stellungnahmen lagen nur von der DGB-Jugend und den beiden Organisationen der inzwischen wieder vereinigten GEW Berlin vor. Die unter der Hand laut gewordenen Befürchtungen, der Berliner Bahro-Kongreß würde zum Tummelplatz gewerkschaftsfeindlicher „Chaoten“, hat sich jedenfalls nicht bestätigt. Angesichts der zentralen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Befreiung Rudolf Bahros wurde ein Solidaritäts-Telegramm aller drei italienischen Gewerkschaftsbünde (der kommunistisch-sozialistischen CGIL, der sozialdemokratischen UIL und der christlichen CISL) mit der Forderung nach unverzüglicher Freilassung Bahros aus dem Gefängnis besonders dankbar registriert.

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hatte sich schon frühzeitig auf die Beteiligung ausländischer Parteienvertreter konzentriert. Neben den sozialistischen Parteien Spaniens und Italiens schickte die KPI einen Delegierten. Auch wenn es sich nicht um einen Mann der Führungsspitze handelte, war die offizielle Unterstützung des Kongresses durch die stärkste kommunistische Partei des Westens ein Politikum ersten Ranges. In der französischen KP scheint es zu Auseinandersetzungen über eine Beteiligung gekommen zu sein, als deren Resultat Alexander Adler, Mitautor des kritischen, von der KPF herausgegebenen Buches „Die UdSSR und wir“, zwar nicht als Delegierter, aber offenbar mit Billigung seiner Partei an den Diskussionen teilnahm. Die Bedenken der Mehrheit der KPF-Führung sollen sich - neben allgemeinen Überlegungen hinsichtlich des Verhältnisses zu den Regierungsparteien des Ostblocks - auf die Teilnahme „Linksradikaler“ wie Dutschke und Mandel bezogen haben. Solidaritätstelegramme trafen von Mitgliedern der kommunistischen Parteiführungen aus Finnland und Belgien ein. Obwohl sich also die ausländische Beteiligung in Grenzen hielt, hoben die Veranstalter und Teilnehmer des Kongresses immer wieder als positives Resultat hervor, daß es gelungen sei, Vertreter eines breiten Spektrums der europäischen Linken an einen Tisch zu bringen und Übereinstimmung über eine Abschluß-Resolution zu erzielen, die die gemeinsamen Überzeugungen formuliert.

Der Kongreß war verschiedentlich auch von Gegnern des Verhaltens der DDR gegenüber Bahro kritisiert worden. Abgesehen von solchen, denen die ganze Tendenz als eine linksgerichtete nicht paßte, äußerten viele die Befürchtung, ein solcher Kongreß könne die Entspannungspolitik stören bzw. läge lediglich im Interesse der „Menschenrechts“-Kampagne Jimmy Carters. Bestätigt fühlten sich diese Kritiker durch die insgesamt relativ wohlwollende und ausführliche Berichterstattung in der westdeutschen Presse. Deren politisches Urteil reichte — wenn man von den demagogischen Verfälschungen der rechtsextremistischen Presseorgane absieht — von positivem Engagement linker Blätter (das da/avanti, Langer Marsch, links, was tun) über die freundliche Aufnahme durch einen Teil der liberalen Presse (Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Stern, verschiedene Regionalzeitungen) und die sachlich-distan-

zierte Haltung konservativer (Frankfurter Allgemeine Zeitung), liberaler (Die Zeit) und sozialdemokratischer (Vorwärts, Berliner Stimme) Zeitungen bis zu der von offensichtlichen Verdrehungen und Unterschlagungen gekennzeichneten Artikel der DKP/SEW-Organen (Unsere Zeit, Die Wahrheit). Die Zeitungen des Springer-Konzerns zeigten sich fast völlig abstinenter, was nicht gerade für die Benutzbarkeit des Kongresses im Sinne einer antikommunistischen Kampagne spricht. Starkes Interesse zeigte die ausländische Presse, die mit ca. 70 Korrespondenten (von insgesamt ca. 160) auf dem Kongreß vertreten war. Insbesondere skandinavische Zeitungen berichteten ausführlich. Im übrigen hat sich eben bestätigt, daß die „bürgerliche Presse“ kein Monolith ist. Es gibt in vielen Redaktionen liberale Mitarbeiter, die ihre Informationspflicht ernst nehmen. Die Veranstalter des Kongresses hatten zu diesen Journalisten offenbar seit langem gezielte Verbindungen hergestellt. Dazu kam, daß es bei Einhaltung auch nur der primitivsten journalistischen Regeln schlechterdings unmöglich war, die doppelte Frontstellung des Kongresses gegenüber Ost und West, inhaltlich bestimmt als Einheit von Sozialismus und Demokratie, zu unterschlagen. Kritik am Kapitalismus allgemein und an Zuständen in der Bundesrepublik im besonderen war nicht nur Bestandteil fast aller Diskussionen, sondern wurde immer wieder demonstrativ hervorgehoben. Die Osteuropäer unterstrichen vor allem ihre Solidarität mit der Arbeiterbewegung des Westens und den um Befreiung kämpfenden Völkern der Dritten Welt, namentlich angesichts der Massaker in Iran und Nikaragua; der Westberliner Hochschullehrer Wolf-Dieter Narr griff als Vertreter des „Russell-Tribunals“ auf der Eröffnungsveranstaltung die Einäugigkeit derjenigen an, die der Linken Einäugigkeit vorwerfen; die Abschlußresolution weist ausdrücklich auf die Einschränkung der Grundrechte in der Bundesrepublik durch den „Radikalenerlaß“ hin. Bereits auf einem zur Finanzierung des Kongresses in der Berliner „Deutschland-Halle“ veranstalteten Solidaritätskonzert hatten sich die über 6000 Anwesenden mit dem wenige Tage vorher durch eine Massenkundgebung am selben Ort bekundeten Protest gegen die Entlassung des der SEW angehörenden Lehrers Hans Apel solidarisiert.

Die Veranstalter des Kongresses — und mit ihnen der Verfasser dieses Berichtes — gehen davon aus, daß die Probleme und Krisen der osteuropäischen Gesellschaften vor allem inneren Widersprüchen entspringen und nicht allein oder vorwiegend aus äußerer Bedrohung zu erklären sind. Zu den auch ohne ihre Intervention auftretenden Problemen in diesen Ländern und der repressiven Praxis gegenüber den sog. Dissidenten, die alle durchgreifenden sozialistischen und demokratischen Reformbestrebungen illegalisiert, muß die westliche Arbeiterbewegung und Linke eine eigenständige politische Position entwickeln; sie muß aktive Solidarität mit den verfolgten Kollegen und Genossen in Osteuropa zeigen. Nur so kann verhindert werden, daß die osteuropäischen Oppositionellen und die zahlreichen hinter ihnen stehenden Menschen sich reaktionären und arbeitnehmerfeindlichen Kräften des Westens zuwenden, nur so entzieht man der Gleichsetzung von „realem Sozialismus“ und fortschrittlichen Kräften bei uns, die nicht nur die Anhänger eines authentischen revolutionären Sozialismus, sondern auch sozialdemokratische Reformer und Gewerkschafter tangiert, langfristigen Boden.

*Dr. Peter Brandt, TU Berlin*